

Studie: Das kommunistische Erbe wirkt nach

20.08.2005 | 00:00 | VON MARTIN KUGLER (Die Presse)

Die Annäherung des Denkens von Ost- und Westdeutschen dauert noch Jahrzehnte.

WIEN. Sind die "Ossis" wirklich ein Volk von "Frustrierten" ([*] CSU-Chef Edmund Stoiber) - weil sie offenbar in Scharen der neuen Linkspartei zuströmen? Oder kommt bei der politischen Ausrichtung der Ostdeutschen vielmehr ein historisches Erbe aus den Zeiten des Kommunismus zum Tragen: nämlich die Sehnsucht nach einem starken Staat?

Einen zentralen Aspekt dieser Frage haben zwei Ökonomen der Harvard University nun analysiert: In ihrer Studie "Good bye Lenin (or not?)" fragen Alberto Alesina und Nicola Fuchs-Schündeln, wie stark politische Systeme die Präferenzen der Menschen verändern. Oder allgemeiner formuliert: Sind die Präferenzen ein Teil des Regimes? Sind sie also "endogen"?

Beantworten lässt sich diese Frage nur, wenn es externe Schocks gibt, die das politische System verändern, ohne dass dies von allen Bevölkerungsteilen gewünscht wurde. Genau das war bei der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall. So gesehen war das historische Ereignis für Sozialwissenschaftler ein wahrer Glücksfall: Die Teilung und Wiedervereinigung ist ein "natürliches Experiment", das ein Volk in eine Versuchs- und eine Vergleichsgruppe geteilt hat.

Als Datenbasis nutzten die Forscher das Deutsche Sozioökonomische Panel (GSOEP), in dem 11.400 Bürger in Westdeutschland und 7000 aus der Ex-DDR regelmäßig über ihre Situation und ihre Einstellungen befragt werden. In der Studie wurden dann Faktoren wie Alter, Geschlecht oder Familienstand heraus gerechnet - diese spiegeln sich in Ost und West in gleicher Weise wider.

Das zentrale Ergebnis: Die politische Vergangenheit hat die Präferenzen der Menschen stark verändert, und dieser Effekt ist lange anhaltend. Konkret: Die Ostdeutschen sind wesentlich stärker davon überzeugt, dass der Staat eine starke Rolle spielen müsse - und zwar vor allem bei der Verteilung des Wohlstandes und der Umverteilung zu Gunsten Benachteiligter. Die Alternativ-Hypothese, dass die Erfahrungen mit einem allmächtigen Staat zu einer Ablehnung dieser Institution geführt hätten, konnte widerlegt werden.

"Der politische Schock der Wiedervereinigung hat womöglich stärkere und länger dauernde Folgen als der wirtschaftliche Schock."

Alberto Alesina und Nicola Fuchs-Schündeln, Ökonomen in Harvard

Was ist nun die Ursache für diesen Unterschied? Ist es ein rein ökonomischer - weil die Ossis ärmer und stärker von öffentlichen Mitteln abhängig sind? Oder wurden durch die Erfahrungen, durch die Indoktrination die Präferenzen verändert? Die Ökonomen fanden einen starken ökonomischen Zusammenhang - sowohl auf individueller als auch auf regionaler Ebene. Allerdings erklärt das nur ein Drittel des Unterschied. Folglich ist die Einstellung zur Rolle des Staates größtenteils von den Präferenzen der Menschen bestimmt.

Dahinter verbergen sich sehr konkrete Ideen. Westdeutsche betrachten individuelle Anstrengung und Eigeninitiative als viel wichtiger für die persönliche Lebenssituation als Ostdeutsche. Für letztere sind

die sozialen Bedingungen viel entscheidender, unter denen die Menschen leben und arbeiten - und das ist wohl der Kern der kommunistischen Ideologie.

Durch diese unterschiedlichen Präferenzen lässt sich also zumindest ein Teil des vermutlichen Siegeszuges der Linkspartei erklären. Allerdings kann die Studie Stoibers Argument der "Frustrierten" nicht völlig widerlegen. Denn Zuwächse der Linken würden einem klaren Trend widersprechen: Die Sehnsucht der Ostdeutschen nach einem starken Staat nahm in den letzten Jahren deutlich ab.

Es gab also eine "Konvergenz" zwischen Osis und Wessis. Anhand der Daten schätzen die Ökonomen, dass der Unterschied in 15 bis 30 Jahren verschwunden sein sollte. Nur ein Drittel der Konvergenz wird übrigens darauf zurückgeführt, dass die "alten Kommunisten" aussterben. Zwei Drittel der Angleichung wird hingegen auf eine Änderung der Präferenzen zurückgeführt.

Unabhängig vom konkreten Wahlergebnis ist die Langsamkeit dieses Prozesses jedenfalls eine schwere Hypothek für die nötigen Reformen des Wohlfahrtsstaates. Die Harvard-Forscher vermuten sogar, dass die politischen Veränderungen stärkere und länger andauernde Folgen als der rein wirtschaftliche Schock der Wiedervereinigung haben könnte.